

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 spbn d

## Inhalt

Rudolf Müller MdB zum  
Jahrhundert-Vertrag für die  
Landwirtschaft: Viel Wort-  
geklingel, aber wenig Kon-  
kretes.

Seite 1

Christa Randzio-Plath zur  
Frauenförderung in Ham-  
burg: Der Senat der Hanse-  
stadt hält Wort.

Seite 4

Albrecht Müller MdB zum  
Bonner Umgang mit der  
Tiefflug-Belastung: Flug-  
lärmopfer finden bei Frau  
Dr. Süßmuth kein Gehör.

Seite 5

Gerhard Schröder MdL zum  
40. Jahrestag der Gründung  
des Bundeslandes Nieder-  
sachsen: Die humanen und  
sozialen Errungenschaften  
nicht preisgeben.

Seite 6

42. Jahrgang / 90

13. Mai 1987

Viel Wortgeklingel, aber wenig Konkretes

Zum Jahrhundert-Vertrag für die Landwirtschaft

Von Rudolf Müller MdB

Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und  
Forsten des Deutschen Bundestages

Der bayerische Ministerpräsident hat einen Jahrhundertvertrag für die deutsche Landwirtschaft gefordert, um eine Vielzahl bäuerlicher Familienbetriebe über das Jahr 2.000 hinaus zu erhalten. Dieses Schlagwort ist nicht neu, schon die CDU-Ministerpräsidenten Albrecht und Barschel sowie der Präsident des Deutschen Bauernverbandes sind auf diese Idee gekommen. Jetzt hat auch der rheinland-pfälzische Regierungschef Vogel in diesen Chor eingestimmt - wenige Tage vor der Landtagswahl.

Was steckt dahinter? Zunächst einmal die politische Absicht, mit dem Schlagwort „Jahrhundertvertrag“ zu erinnern an den Jahrhundertvertrag Kohle von 1965, mit dem in gemeinsamer Anstrengung die Erhaltung des deutschen Steinkohlebergbaus gewährleistet werden sollte. Doch eine Vergleichbarkeit des Kohle-Vertrages und des von der CDU/CSU vorgeschlagenen Agrarprogramms ist nicht gegeben. Übereinstimmend ist allein die Zielrichtung: Die Erhaltung des Kohlebergbaus und der Landwirtschaft ist für die Bundesrepublik Deutschland unverzichtbar.

Hier aber enden schon die Gemeinsamkeiten. Denn während der Kohlevertrag Abnahmegarantien nur in Verbindung mit drastischen Kapazitätsvermindernungen vorsieht, will Strauß - zu Recht - möglichst viele bäuerliche Familienbetriebe erhalten. Die Bezeichnung „Jahrhundertvertrag“ ist daher irreführend - eine Mogelpackung.

Was Strauß mit einem wahren Schwall von Worten - die Broschüre der Bayerischen Staatskanzlei zum Strauß-Vorschlag umfaßt 71 Druckseiten - vor allem seinen bayerischen Bauern verspricht, ist überhaupt nichts Neues.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreuzträger-Druck  
mit demolierbaren Rückseiten  
Ringslip-Druck



Das von ihm verkündete Sechs-Punkte-Programm enthält vielmehr entweder die bekannten Forderungen der CDU/CSU und des Deutschen Bauernverbandes sowie eine Wiederholung bereits bestehender oder geplanter Maßnahmen zur Einkommenssicherung mit teilweise verbesserter Finanzausstattung.

Unbeeindruckt von den Realitäten am Brüsseler Verhandlungstisch hält Strauß an der kostenorientierten Preispolitik ebenso fest wie an einer verstärkten Subventionierung nachwachsender Rohstoffe. Diese Forderungen gehen an der Wirklichkeit vorbei. Den vielfach in Existenznot geratenen Landwirten kann mit leeren Worten nicht geholfen werden. Die Bäuerinnen und Bauern selbst wissen das nur zu genau.

Die Fortführung von Steuererleichterungen in Form der landwirtschaftlichen Vorsteuerpauschale, der Entlastungen von Sozialkosten und der Erhöhung der Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten sind bereits laufende Maßnahmen, ihre bloße Auflistung macht noch kein Reformprogramm.

Bemerkenswert aber ist immerhin dieses: Mit eindeutiger Kritik distanziert sich Strauß von der Verteilung von Finanzhilfen nach dem Gießkannenprinzip, wie dieses insbesondere im Rahmen der Regelung des Mehrwertsteuerenausgleichs und der Entlastungen im Sozialbereich praktiziert wird. In dieser Kritik ist ihm voll zuzustimmen. Wir Sozialdemokraten haben uns von Anfang an für direkte, produktneutrale Einkommenszahlungen ausgesprochen, die sich an den Bedürfnissen der Landwirte orientieren müssen. Die Bundesregierung hat sich dieser Forderung bisher verschlossen.

Geschickt versucht Strauß den Eindruck zu erwecken, als sei er der Erfinder eines Entgelts für umwelterhaltende Maßnahmen der Landwirte. Er „übersieht“ dabei geflissentlich, daß derartige Ausgleichszahlungen nicht zuletzt von Sozialdemokraten seit langem gefordert und in SPD-regierten Bundesländern gewährt werden. Geflissentlich verschweigt er auch die Tatsache, daß die Bundesregierung trotz entsprechender Ermächtigungen durch Beschlüsse des EG-Agrarministerrates zu Beginn dieses Jahres immer noch nicht von der Möglichkeit Gebrauch gemacht hat, den deutschen Landwirten Hilfen für die Extensivierung und die Anwendung umweltfreundlicher Produktionsmethoden zu gewähren.

Ebenso verschweigt der bayerische Ministerpräsident, nach welchen Kriterien die Einkommenszahlungen an die Landwirte verteilt und wie diese finanziert werden sollen. Großzügig verspricht er Milliardenbeträge, ohne Berechtigte und Zahlungspflichtige zu nennen.



Hilfflos fragt er die Landwirte, wie hoch sie selbst den Wert ihrer Leistung zur Landschaftspflege ansetzen. Hier macht es sich der Ministerpräsident zu leicht. Er setzt sich damit in Widerspruch zu seiner begrüßenswerten Forderung nach Aufgabe des Gießkannenprinzips. Es ist Aufgabe der Politik, gerechte und verwaltungsmäßig durchzuführende Kriterien für derartige Ausgleichszahlungen festzulegen. Zu begrüßen ist jedoch seine - wenn auch späte Einsicht - Teile des Mehrwertsteuerausgleichs zu verwenden, um Umweltleistungen abzugelten.

Keine klare Antwort wird schließlich demjenigen zuteil, der nach den Finanzierungsmodalitäten fragt. Strauß möchte hier ganz offensichtlich neben EG, Bund und Bundesländern auch die Gemeinden in die Pflicht nehmen. Mit einem solchen Finanzierungsmechanismus würden den Gemeinden neue Haushaltsbelastungen zugemutet, für die sie nicht verantwortlich sind. Ganz offensichtlich soll hier der Versuch unternommen werden - ähnlich wie bei der Sozialhilfe - die finanziellen Folgen des Versagens der Bundesregierung zumindest teilweise den Gemeinden aufzubürden.

Nicht allzu genau nehmen es die Unions-Regierungschefs mit der Gesamthöhe der Finanzausstattung des „Jahrhundertvertrages“. Strauß spricht einmal von 6,2, dann wieder von 4,5 Milliarden DM im Jahr; der Wahlkämpfer Vogel möchte in seiner bedrängten Lage acht Milliarden DM aufwenden. Bundesfinanzminister Stoltenberg aber weigert sich mit allem Nachdruck, Maßnahmen zur Erhaltung von Natur und Umwelt aus der Bundeskasse zu honorieren. Hier haben also die Länderchefs die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

Da sie offenbar mit einem Nachgeben Stoltenbergs nicht rechnen, haben Vogel und Späth sich ein anderes Patentrezept ausgedacht. Sie möchten die Verbraucher unmittelbar mit den Kosten des „Jahrhundertvertrages“ belasten; Späth über die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes für Nahrungsmittel, Vogel über einen „Notgroschen Landwirtschaft“. Beide Vorschläge haben eines gemeinsam: die einkommensschwachen Familien würden wieder einmal stärker belastet als die Besserverdienenden.

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Ein tragbares Konzept zur Erhaltung des bäuerlichen Familienbetriebes stellt der „Jahrhundertvertrag“ der CDU/CSU nicht dar. Die Vogel-Strauß-Politik wird fortgesetzt. Einmal mehr werden aus wahltaktischen Überlegungen den Landwirten Versprechen gemacht, die nicht eingehalten werden können. Das Spiel ist durchsichtig, die Bauern werden darauf nicht hereinfliegen. Wie ernst nämlich diese Bundesregierung es mit der Erfüllung von Verträgen nimmt, zeigt gerade ihr jüngster Versuch, sich ihren Verpflichtungen aus dem Jahrhundertvertrag Kohle zu entziehen.

(-/13.5.1987/vo-he/rs)

\* \* \*



### Hamburg hält Wort

Frauenförderung ist in der Hansestadt nicht nur ein Schlagwort

Von Christa Randzio-Plath

Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)  
Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft

Der Hamburger Senat legte jetzt seine Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion zur Frauenförderung vor. Als erstes Bundesland hat Hamburg am 1. Januar 1984 eine „Richtlinie zur Förderung von Frauen im Öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg“ erlassen. Die Erfahrungsberichte aus den Behörden zeigen, daß zwar gewisse Erfolge zu verzeichnen sind, aber zur Unterstützung der frauenspezifischen Fördermaßnahmen noch flankierende Maßnahmen entwickelt werden müssen. Die Leitstelle zur Gleichstellung der Frau hat dazu bereits Vorstellungen entwickelt, die sich jetzt in der Behördenabstimmung befinden.

Ich begrüße die Absicht des Senats, daß entsprechend den Empfehlungen des Benda-Gutachtens, das im Auftrag der Leitstelle erarbeitet wurde, unter der Federführung der Leitstelle in Zusammenarbeit mit der Justizbehörde ein Gesetzentwurf erarbeitet werden soll, der Frauenfördermaßnahmen im Öffentlichen Dienst auf eine gesetzliche Grundlage stellt.

Gerade auch die Erfahrungen aus den USA, Schweden und Norwegen haben gezeigt, daß freiwillige Förderungen von Frauen nicht genügen. Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg will außerdem eine Gesetzesinitiative im Bundesrat ergreifen, mit dem Ziel, die Initiativ- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Betriebs- und Personalräte zur Einführung von Frauenförderplänen zu verbessern. Es hat sich gezeigt, daß in der Privatwirtschaft die Beschäftigungschancen für Frauen, insbesondere in den kaufmännischen und verwaltenden Berufen trotz vorhandener Qualifikationen zurückgehen. Diese, die Frauen benachteiligende Personalpolitik kann nur durch systematische Frauenförderpläne begegnet werden. Durch die Gesetzesinitiative des Senats würden sich die Chancen für die Vereinbarung betrieblicher Frauenförderung und die Einstellungschancen von Frauen erhöhen.

Aus der Antwort des Senats auf unsere Große Anfrage geht in bezug auf die Neueinstellungen von Frauen im Öffentlichen Dienst eine sehr erfreuliche Entwicklung hervor: Die Einstellung von Frauen hat sich 1986 gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt. 4.446 Frauen wurden neu eingestellt. Leider haben die Hamburgischen öffentlichen Unternehmen ihre Vorreiterfunktion in Sachen Frauenförderung noch nicht richtig erkannt. Zwar werden dort auch Untersuchungen über die Frauenförderung angestellt, aber es fehlen noch die entsprechenden Taten.

Zu guter Letzt möchte ich auch noch auf die Absicht der Leitstelle hinweisen, ein Gutachten „Vergabe öffentlicher Aufträge als Mittel zur Frauenförderung“ in Auftrag zu geben. Daraus sollen dann weitere frauenfreundliche Entscheidungen des Senats abgeleitet werden. Erfahrungen aus den USA zeigen, daß die Koppelung von öffentlichen Aufträgen an frauenfördernde Maßnahmen, Erfolge zeigen.

Insgesamt bleibt festzuhalten: Der Hamburger Senat ist in bezug auf die Förderung von Frauen auf dem richtigen Weg und hat bereits mit seiner Förderungspolitik vorzeigbare Erfolge erzielt.

(-/13.5.1987/rs/ks)



**Fluglärmopfer finden bei Frau Dr. Süssmuth kein Gehör**

**Das Gesundheitsministerium verweist bei dieser Gesundheitsgefährdung auf  
das Verteidigungsministerium**

Von Albrecht Müller MdB

Nicht alle Fragen, die rheinland-pfälzische und saarländische SPD-Abgeordnete zum Thema Fluglärm gestellt hatten, konnten in der Fragestunde des Bundestages am 7. Mai mündlich beantwortet werden. Zu einer interessanten Frage des SPD-Landesgruppenvorsitzenden, Manfred Reimann, kam nun aus dem Ministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, eine ebenso interessante Antwort.

MdB Reimann hat die Bundesregierung gefragt, warum nicht Frau Bundesministerin Dr. Süssmuth die Federführung für das Thema Fluglärm beanspruche, weil es nach der Erfahrung der Bevölkerung zu allererst kein militärisches, sondern ein gesundheitliches Problem darstellt.

Die Antwort aus dem Hause Süssmuth ist aufschlußreich. Es habe „sich als zweckmäßig erwiesen“, heißt es, daß das Verteidigungsministerium „auch für die Minimierung des Fluglärms federführend verantwortlich“ sei. Die Tatsache, daß militärische Flugübungen eine Hauptursache des Lärms ausmachen, soll als Begründung für diese Maßnahme dienen.

Zum Hintergrund der Frage Manfred Reimanns: Obwohl neuere wissenschaftliche Gutachten die gesundheitsschädigenden Wirkungen des Fluglärms aufzeigen (vergleiche zum Beispiel „Frankfurter Rundschau“ vom 20. November 1986: „Tiefflüge machen viele Menschen krank“) und der Protest aus der Bevölkerung stark zugenommen hat, konnte bis heute in diesem Bereich nichts Entscheidendes bewegt werden. Im Verteidigungsministerium und -ausschuß, die für Fluglärm zuständig sind, wird dieses Problem dilatorisch behandelt. Durch die Funktion und Zielsetzung dieser Gremien haben dort militärische Gesichtspunkte eindeutige Priorität. Was auf Seiten der Luftwaffe geschieht, wird deshalb schnell als „unabdingbar“ angesehen.

Diesen Mechanismus wollten die rheinland-pfälzischen und saarländischen SPD-Abgeordneten aufbrechen und endlich den seelischen und körperlichen Folgen des Fluglärms auch innerhalb der Bundesregierung und der parlamentarischen Beratung das nötige Gewicht einräumen. Es ging ihnen mit ihrer Frage nicht um kosmetische Korrekturen. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen wollten sie dahin wirken, daß die fluglärmgeschädigte Bevölkerung endlich eine Lobby findet. Deshalb hofften die SPD-Parlamentarier, im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit eine Anlaufstelle mit Verständnis und Einfühlungsvermögen für das Leid der Betroffenen zu finden, um dadurch zu Fortschritten in diesem Bereich zu kommen.

Aber die Antwort aus dem Ministerium zeigt, daß auch von Frau Dr. Süssmuth, die sich doch sonst so gerne als „soziales Gewissen“ der CDU profilieren will, keine Unterstützung zu erwarten ist. Dabei ist die Argumentation des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, das Verteidigungsministerium müsse bei Fragen der Fluglärm Eindämmung federführend sein, da es auch für die Verursachung des Fluglärms verantwortlich ist, nur als fadenscheinig zu bezeichnen. Denn folgte man ihr, dann müßte zum Beispiel die Forschung beim Lungenkrebs federführend Herrn Kiechle überlassen werden, der als Landwirtschaftsminister für den Tabakanbau zuständig ist.

(-/13.5.1987/rs/ks)

Das humane und soziale Niedersachsen nicht preisgeben

Gedanken aus Anlaß der Gründung dieses Bundeslandes vor 40 Jahren

Von Gerhard Schröder MdL  
Vorsitzender der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag

40 Jahre Niedersachsen ist gewiß ein Anlaß zum feiern. Dieser Tag ist aber auch Anlaß zur Besinnung auf die Werte, die vor 40 Jahren für die Gründer des Landes verbindlich waren.

Auch das demokratische Niedersachsen ist als Antwort auf den Faschismus und dessen Niederwerfung zu verstehen. Wer das niedersächsische Jubiläum im Geiste seiner Gründer feiern will, muß sich dessen bewußt sein. Mehr noch: Er muß bereit sein, die antifaschistischen Traditionen politisch weiter wirken zu lassen. Das erfordert vor allem Toleranz gegenüber Andersdenkenden und das Bewußtsein, daß es in der Demokratie Gegner geben muß, Feinde aber niemals geben darf. Unter veränderten Bedingungen erweist sich die geforderte Toleranz heute in der Offenheit gegenüber Minderheiten und der Gastlichkeit gegenüber ausländischen Mitbürgern.

Niedersachsens Geschichte ist maßgeblich von Sozialdemokraten geprägt worden. Namen wie Hinrich Wilhelm Kopf, Georg Diederichs, Alfred Kubel, Helmut Kasimier stehen für eine soziale Entwicklung des Landes. Dieses Erbe darf nicht preisgegeben werden.

Deshalb erinnert sich nur der in Respekt vor der ganzen Geschichte des Landes, der heute dieses soziale Erbe zu bewahren sucht. Ein solcher Versuch erfordert die Kraft, das Gesamtinteresse des Landes vor Gruppeninteressen zu setzen. So verständlich die Wünsche vieler sind, weniger Steuern zu zahlen, so sehr ist heute eine Politik geboten, die öffentliche Armut auf dem Hintergrund privaten Reichtums nicht zuläßt. Die soziale Entwicklung des Landes würde sonst preisgegeben. Dem Egoismus der Wenigen muß der politische Wille entgegengesetzt werden, die Gestaltungsspielräume des Landes zu bewahren. Das schließt weitere Steuergeschenke an die Reichen aus. Es erfordert vielmehr eine kraftvolle Politik, in deren Mittelpunkt Ausbildung und Bildung stehen muß.

Anders als vor 40 Jahren, als es vor allem um Einkommen und Auskommen in einer durch den Krieg verwundeten Welt ging, muß es heute darum gehen, die Verwundungen der Natur zu unterlassen. Das erfordert eine Umweltpolitik, die der gewissenlosen Ausbeutung der Natur aus Profitstreben deutliche Grenzen setzt. Die Instrumente dazu gibt es längst. Es fehlt häufig aber an politischem Willen, vor allem aber an der Fähigkeit, den Schutz der Natur gegen mächtige Interessengruppen durchzusetzen.

In gesunder Umwelt und in Toleranz voreinander arbeiten und leben: Diese Motive haben Sozialdemokraten bewegt, als sie sich mit den Bürgern des Landes Niedersachsen an dessen Aufbau machten. 40 Jahre Niedersachsen sind Anlaß, sich dessen zu erinnern und damit das Versprechen an die Bürger des Landes zu verbinden, nach diesen Grundsätzen weiterzuarbeiten. Denn Tradition bewahren heißt nicht Asche aufheben, sondern heißt, eine Flamme am Brennen zu erhalten.

(-/13.5.1987/rs/ks)

\* \* \*

